

Front und Heimat.

Von
Georg Münch.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr überzeugt er uns davon, daß Front und Heimat nicht zu trennen sind und daß die Kraft des ganzen Volkes restlos für den Sieg eingesetzt werden muß, den Sieg, ohne den wir nun einmal, nach dem Willen der Feinde, nicht zu unserem Rechte kommen werden. Vertrauensvoll auf den gesunden Sinn des Volkes und sein Verständnis für die Forderungen der Zeit, hat die Regierung ihm bis zum Frühbruch der neuen Ernte eine Herabsetzung der täglichen Mehlmenge um 20 Prozent von der Mitte des nächsten Monats ab angekündigt. Der Krieg ist immer mehr zum Wirtschaftskrieg geworden, nachdem er von Anfang an unter Englands Führung vor allem als ein solcher gedacht gewesen war. Was die Uebermacht der feindlichen Heere etwa nicht ausrichten konnte, das sollte die Absperrung der Mittelmächte von jeder Zufuhr bewirken. Doch das Schicksal war uns günstig. Unsere Feinde selbst sollten uns reichliche Mittel zu unserer Rettung liefern. Draußen auf den Schlachtfeldern mußten sie uns alljährlich die ungeheuerlichste Beute an Kriegsgarut überlassen, so in Belgien, in Rußland, auf dem Balkan, in Italien; dank den siegreichen Kämpfen im Westen allein im letzten Halbjahr so viel, daß dadurch die Heimat um den Betrag einer vollen Kriegsanleihe, also um ein Dutzend Milliarden, von ihrer Beitragspflicht zu den Kriegskosten entlastet worden ist. Damit nicht genug, haben uns unsere Siege über die Feinde vom ersten Kriegsjahre an in steigendem Maße deren Hilfsquellen in die Hände gespielt. Belgiens sowie Ost- und Nordfrankreichs Industrie mußten uns Waffen schmieden helfen, und Rußlands und Rumäniens Bodenreichtümer wurden unseren Bedürfnissen dienstbar gemacht.

Was Rumänien Niederlage an wirtschaftlichen Vorteilen für uns in sich barg und birgt, ist aller Welt durch die Bestimmungen des Friedensvertrages klar geworden. Seine Oelindustrie hat uns große, unentbehrlich gewordene Dienste für die Kriegführung geleistet, Dienste, die nunmehr, unter der Herrschaft des Petroleumabkommens, von Monat zu Monat gesteigert werden können. Als Lieferant für landwirtschaftliche Erzeugnisse wird es ebenfalls wachsende Bedeutung für uns gewinnen. Im Wirtschaftsabkommen werden dem Oberkommando des Besatzungsheeres unumschränkte Vollmachten zur Regulierung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln, Vieh, Fleisch und anderem unter göttlicher Berücksichtigung des rumänischen Eigenbedarfs erteilt. So ist Vorsorge dafür getroffen, daß uns für die restliche Kriegsdauer Rumäniens Ueberschüsse an allen diesen Produkten unbedingt zugute kommen; gleichzeitig ist auch die Zeit nach dem Kriege ins Auge gefaßt worden. Indem wir uns (in Gemeinschaft mit Oesterreich) für die auf das Jahr 1919 folgenden sieben Jahre eine Art Optionsrecht auf die gesamten rumänischen Ueberschüsse an landwirtschaftlicher Erzeugung gesichert haben.

Wir dürfen danach wohl für die Zukunft auf eine bessere Versorgung unseres Marktes als bisher mit Bestimmtheit rechnen. Um so mehr, als sich allmählich auch die Ukraine, die Kornkammer Rußlands, zu dem Lieferanten entwickeln wird, der sie eigentlich, wenn sich alle Voraussetzungen rascher erfüllt hätten, schon sein müßte. Die Tatsache, daß die Ukraine wegen der Nachwehen des Krieges und der Revolution nicht in der Lage war, das von ihr Erwartete an uns abzuliefern, ist im wesentlichen für die Einschränkung verantwortlich zu machen, die jetzt dem Brotverbrauch der deutschen Bevölkerung auferlegt wird. Wäre doch ein Zuschuß von außen her bei der nicht zulänglichen deutschen Brotgetreideernte des Jahres 1917 — sie hatte sich unter mittel gehalten — und bei der ausgesprochen schlechten Futtermittelerte gerade heuer besonders erwünscht gewesen. Aus diesen Erfahrungen des letzten Jahres hat man indes die nützliche Lehre gezogen, desto vorsichtiger in der Abschätzung aller Möglichkeiten zu sein. In den nächsten Monaten kommen der Volksernährung Reserven an Zucker, Nahrungsmitteln, Dörrgemüse zum Ersatz der gekürzten Brotration zustatten; zudem ist die pünktliche Lieferung der Kartoffeln nicht in Frage gestellt. Die Zeit der neuen Ernte befreit uns noch mehr von den nächstliegenden Sorgen. Im übrigen läßt sich sagen, daß wir, trotz jener Enttäuschungen über die eigene Ernte und die Zufahren aus dem Osten, durch den Winter 1917/18 im ganzen besser als durch den vorherigen gekommen sind. Deshalb besteht auch die nicht unbegründete Ansicht, daß der nächste Winter — selbst wenn er noch nicht den Frieden gebracht hätte — nach der auf unsere Bedürfnisse zugeschnittenen Neuordnung der Verhältnisse in der Ukraine und in Rumänien erträglich werden wird. Unser Saatbestand nimmt sich überdies, ebenso wie derjenige in Oesterreich-Ungarn, bis jetzt befriedigend aus.

Betrachtet man das alles und bedenkt man ferner, daß der für unsere Versorgung wertvolle Osten und Südosten Europas auf unsere Lieferungen von industriellen Gütern wartet, hält man sich endlich die soeben beschlossene Vertiefung des Zollbundes auch auf wirtschaftlichem Gebiete gegenwärtig, so erkennt man, daß der Gedanke einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft schon in die Tat umgesetzt ist. Der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag liefert hierzu bemerkenswerte Beiträge, zumal, wenn man ihn unter dem Gesichtswinkel der feindlichen Drohungen mit einem ewigen Wirtschaftskriege gegen uns liest. Solchen Plänen bricht der Vertrag sofort die Spitze mit der Vereinbarung ab, daß „mit dem Friedensschluß die Beendigung des Krieges auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete erfolgt“. Weiter damit, daß „die vertragsschließenden Teile sich verpflichten, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Weiterführung der Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiete abzielen“. Für die Übergangszeit, die zur Ueberwindung der Kriegsfolgen und zur Neuordnung der Verhältnisse erforderlich ist, verpflichten sich die Vertragsschließenden ferner, „möglichst keine Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Güter durch Einführung hoher Eingangszölle zu bereiten“. Die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen sollen tunlichst vorübergehend noch länger aufrechterhalten und weiter ausgedehnt werden. Das alles sind Waffen gegen die auf Vernichtung unserer Wirtschaft gerichteten Pläne der Entente, zu der sich ja Rumänien ohne Not hinüberziehen Heß. Von der Verteidigung geht der Vertrag auch zum Angriff gegen feindliche Treibereien in diesem Bal-

kanlande über: „Bevorzugungen, die anderen Ländern durch Konzessionserteilungen oder andere staatliche Maßnahmen gewährt sind, sollen aufgehoben oder durch Gewährung gleicher Rechte auf den anderen Teil der vertragsschließenden Parteien ausgedehnt werden.“ Andernfalls wäre es denkbar und möglich, daß Engländer, Franzosen, Amerikaner aus mit der Spitze gegen die Mittelmächte gerichteten Geschäften in Rumänien Kapital schlugen, während wir mit gebundenen Händen daneben ständen. Ein geregelter Güteraustausch wäre dann nicht möglich. An ihm haben wir aber kaum ein größeres Interesse als Rumänien selbst, dessen geographische Lage und Erzeugung es von Natur zu einem Gliede der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft machen. Als Trabant der englisch-französisch-amerikanischen Weltbeglückter würde es nur eine traurige Rolle spielen können.

Andererseits haben sich Deutschland und Oesterreich — genau so wie im Frieden mit Rußland und der Ukraine — volle Freiheit für zukünftige Zollbündnisse geschaffen: Rumänien darf keinen Anspruch auf die Begünstigungen erheben, welche Deutschland an Oesterreich-Ungarn oder an ein anderes mit ihm durch Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Oesterreich-Ungarn zollverbündenes Land mittelbar angrenzt. Der mitteleuropäische Gedanke reift also in engerem wie in weiterem Sinne: Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein Block, der die Möglichkeit seiner Erweiterung durch Zollbündnisse hat, im übrigen aber mit allen anderen den friedlichen Warenaustausch anstrebt. Er würde eine Macht darstellen, mit der keiner der jetzt noch mit uns in Fehde liegenden Staaten dauernd in Handelsfeindschaft leben könnte.

So können wir wohl mit der Zuversicht in die Zukunft blicken, daß allmählich, ja bereits jetzt, wo wir uns unserer westlichen Feinde und Amerikas noch zu erwehren haben, die Früchte unserer Siege im Osten und Südosten heranreifen. Unser Durchhalten wird uns somit erleichtert; wir kommen darüber hinaus sogar in die Lage, auch unseren Ausfuhrhandel und unsere finanzielle Betätigung nach jener Richtung hin zu entwickeln. Bis zur Zeit des allgemeinen Friedens dürften wir dadurch einen nicht zu unterschätzenden Vorsprung gegenüber den westlichen Feinden gewonnen haben.

Der Heimat fällt also die Aufgabe zu, die Erfolge unserer Heere wirtschaftlich auszunutzen: Ein Zusammenwirken, dessen gegenseitige Abgrenzung eigentlich gar nicht möglich ist. Denn nur die weiteren Erfolge unserer Truppen gewährleisten uns die Erfüllung all der in Rede stehenden Friedensbedingungen. Hat sich doch Balfour bereits mit der Erklärung gemeldet, daß England „auf der endgültigen Friedenskonferenz eine Revision der Rumänien auferlegten schweren Bedingungen durchzusetzen“ suchen werde.

Das ist ein Mahnwort an uns, weiter alle Muskeln zur Niederringung der angelsächsischen Anmaßung anzuspannen. Mehr noch als früher winkt solchen Anstrengungen jetzt, nach dem Frieden mit dem Osten, der volle Erfolg. Dieses Gefühl besetzt uns alle. Nur darf es uns nicht sorglos und an der falschen Stelle unternehmungslustig machen. Eine solche Gefahr besteht, ja sie bedroht uns sogar schon ernstlich. Den Mahnungen der dazu berufenen Kreise zum Trotz strömt das Publikum in heißen Scharen zur Fondsbörse, um am Aktienmarkt sein Heil zu versuchen. Es kann sich dabei zwar auf die gute, zum Teil glänzende Lage unserer Großindustrie berufen, indes ist dieser in den Kurven der Dividendenpapiere schon seit geraumer Zeit reichlich Rechnung getragen worden. So reichlich, daß in ihrer Bewertung zweifellos die Erwartung einer auf absehbare Zeit ungeschwächten, guten Konjunktur zum Ausdruck kommt. Freilich wird nach dem Kriege zunächst ein starker Bedarf für alle Massenartikel des täglichen Bedarfs sowie für Materialien und Maschinen, welche die Industrie zur Güterherstellung braucht, bestehen bleiben. Demgegenüber ist aber zu bedenken, daß sich die hohen Warenpreise, aus denen jetzt fast alle Produktionskreise Nutzen ziehen, nach und nach senken werden. Dafür wird schon der wieder in seine Rechte tretende internationale Wettbewerb sorgen, der sich nach dem Kriegsende um so kräftiger regen dürfte, als viele zur Befriedigung des Kriegsbedarfes geschaffene Werkstätten für die Erzeugung von Friedensartikeln frei werden, ebenso viele Millionen von Menschen, die jetzt im Felde stehen oder ihren bürgerlichen Berufen entfremdet sind. Eine Fülle von Heeresgerät kann überdies nach dem allgemeinen Frieden der rein wirtschaftlichen Ausnutzung wieder zugeführt werden, so daß jetzt klaffende Lücken an Material, Maschinen usw. schon allein dadurch ausgefüllt werden. Im übrigen liegen die Dinge heute so, daß die im wesentlichen für den Heeresbedarf beschäftigte Industrie jeden Preis, der nicht gerade übertrieben ist, bewilligt erhält. Weil es der Heeresleitung vor allem an der raschen und gediegene Erledigung ihrer Aufträge liegt, muß sie notgedrungen durch Gewährung guter Verdienstmöglichkeiten für Unternehmer und Arbeiter Anreize zu schaffen suchen. Eben darin liegt aber für die Zukunft nichts Günstiges. Auf der einen Seite reizen die großen Unternehmensgewinne der Kriegszeit zur Auflage hoher Kriegsgewinnsteuern; sie werden unserer Industrie sicherlich noch sehr zu schaffen machen. Andererseits gewöhnt sich der Arbeiter an einen Stand der Löhne, von dem er später nur schwer wieder abzubringen sein wird. Beides zusammen mit dem vermehrten allgemeinen Steuer- und Abgabendruck ist nicht gerade geeignet, das Bild der künftigen Rentabilität unserer Industrie so rosig erscheinen zu lassen, wie es sich das Publikum — nach seiner nicht zu zügelnden Kauflust für Aktien zu urteilen — ausmalt.

Allerdings kann man, was die technische Leistungsfähigkeit unserer Industrie angeht, an der Hand der Erfahrungen der Kriegszeit einem unbedingten Optimismus zuneigen. Doch ist vom finanziellen Gesichtspunkte aus wohl zu bedenken, daß diese Ueberlegenheit in hohem Maße einer jahrzehntelangen vorsichtigen Bilanzierung zu verdanken ist, und daß an solchen Grundsätzen jetzt, wo wir einer Zukunft mit ganz neuen, in ihrer Gesamtheit nach gar nicht zu überschenden Aufgaben gegenüberstehen, erst recht festgehalten werden muß. Versuche von Aktionären, die Verwaltungen ihrer Gesellschaften von derartigen Grundsätzen nur im Interesse von Kurstreibern in den Aktien der betreffenden Unternehmen abzubringen, können darum gar nicht scharf genug mißbilligt werden. Solche Versuche tauchen gerade in der neuesten Zeit häufiger auf — ein Anzeichen mehr für eine ungesunde Spannung der Atmosphäre des Aktienmarktes.

Es wäre nicht dahin gekommen, wenn das Kapital sich noch mehr als bisher dem Erwerb von Kriegsanleihen zugewandt hätte. Auf diesem Gebiete stehen ihm noch weitere große Aufgaben bevor. Daran mahnt die soeben wieder begonnene Begebung von sogenannten gebundenen Schatzwechseln, d. h. solchen, deren Käufer sich verpflichten, den Betrag bei Fälligkeit der Abschnitte zur Einzahlung auf die nächste Kriegsanleihe zu verwenden. Einsteilen sind die jetzt zum Verkauf gelangenden Schatzanweisungen für Ende Juli rückzahlbar ausgestellt; sie werden alsdann in neue Stücke ungetauscht werden, deren Einlösungsfrist mit den Einzahlungen auf eine neue Reichsanleihe zusammenfallen würde. So bereitet die Reichsbank schon jetzt den Markt auf eine neue große Operation für den Herbst vor, möge es nun eine weitere Kriegsanleihe — die neunte — oder die Friedensanleihe sein. Daß für sie wiederum viele Milliarden zusammenkommen müssen, um unsere Kreditwirtschaft in Ordnung zu halten, ist selbstverständlich. Darum bedarf es der weisen Zusammenhaltung aller verfügbaren Mittel für diesen Zweck. Auch auf dem Gebiete der Börse und des Geldmarktes sind alle Kräfte restlos für die glückliche Beendigung des Krieges einzusetzen.